„Streik, Streit und Kampf“

DGB-Maikundgebung findet im Stadtparkrestaurant statt

Von Laura Führner

RHEINE. Der 1. Mai ist für viele der Tag, um im Freibad anzubaden oder den Grill das erste Mal im Jahr anzufeuern. Doch das sieht Jutta Schultz als stellvertretende Bezirksgeschäftsführerin von ver.di -Münsterland komplett anders. Sie macht deutlich: „Für mich bedeutet der 1. Mai Streik, Streit und Kampf.“

Bereits seit 125 Jahren fordern Arbeitnehmer an diesem Tag ihre Rechte ein. Und genau dies versuchte auch Jutta Schultz von ver.di im Stadtparkrestaurant bei einer von elf Maikundgebungen im Münsterland.

Jutta Schultz von ver.di Münsterland hielt in diesem Jahr die Mai-Rede. Foto: Führner

Vor dem voll besetzen Saal sprach sie die Gewerkschaftsthemen an, die ihr besonders wichtig sind: „Gerade im Münsterland müssen wir gegen willkürliche Befristungen von Arbeitsverträgen ankämpfen.“ Laut Schultz seien diese Befristungen „schlicht unsozial“.

Auf der Agenda von ver.di stehe in diesem Jahr außerdem die Abschaffung der sogenannten „Minijobs“. „Wir wollen die Minijobs abschaffen und eine Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro durchsetzen!“, gab sie am Freitag bekannt.

Zwar sieht Jutta Schultz mit dem gesetzlichen Mindestlohn einen deutlichen Fortschritt und auch sonst hätten ver.di und auch andere Gewerkschaften in den letzten Jahren viele Ziele der Arbeitnehmer durchsetzen können, doch für Schultz ist das gerade erst der Anfang. „Es gibt einfach noch viel zu viele Ausnahmen, auch vom Mindestlohn und die Begründungen sind zum Teil einfach abenteuerlich.“

Gerade für solche Aussagen erhielt Jutta Schultz viel Zuspruch und Applaus vom Publikum.

Doch noch ein Thema beschäftigt ver.di und damit Jutta Schultz momentan besonders: die Aufwertung der sozialen Berufe. „Der Beruf des Erziehers ist zum Beispiel in den vergangenen Jahren deutlich wichtiger geworden. Erzieher müssen einfach deutlich sowohl finanziell als auch in der Gesellschaft aufgewertet werden“, forderte sie. „Gerade der 1. Mai ist traditionell der perfekte Tag um die Forderungen der Arbeitnehmer kund zu tun. Jetzt können wir die restliche Zeit nutzen, um mit der Politik in Kontakt zu treten, damit diese Ziele auch verwirklicht werden können“, so Jutta Schultz.

IM BLICKPUNKT DER WOCHE

Erinnerung an das Unglück von 1978

Ein schwarzer Tag

Der 26. April 1978 ist als ein schwarzer Tag in die Geschichte Rheines eingegangen. Bei der Explosion eines Blindgängers im Zuge von Bauarbeiten starben in der Innenstadt drei Menschen. Wer das Unglück damals erlebte, den ließ die Erinnerung kaum los.

Jetzt hat Regisseur Detlef Muckel just am Jahrestag der Katastrophe von vor 37 Jahren am vergangenen Sonntag damit begonnen, einen Dokumentar-Spielfilm über das Ereignis zu drehen.

Dem Rheinenser, der im Vorfeld des Drehs lange an der Geschichte des Unglücks geforscht und mit zahlreichen Zeitzeugen gesprochen hat, war es wichtig, das symbolträchtige Datum an den Beginn seiner Arbeit zu setzen.

In würdiger Form versammelte er in der Mittagszeit sein Team aus Filmleuten und Schauspielern um sich und legte Blumen vor dem Cityhaus nieder, in dessen Baugrube sich im April 1978 das tragische Geschehen ereignete.

Dabei fiel auf: Nichts erinnert an das Ereignis. Keine Hinweistafel, kein Gedenkstein – als ob da nie etwas gesehehen sei. Jetzt steht wahrscheinlich ab dem kommenden Herbst die grundlegende Umgestaltung des Busbahnhofes an. Ergäbe sich hier nicht eine Gelegenheit, bislang Versäumtes nachzuholen?

In einer angemessenen Form der Toten von 1978 zu gedenken – das müsste sich die Stadt Rheine doch eigentlich zur Aufgabe machen. Damit die Erinnerung nicht nur in Fotos, Zeitungsausschnitten und demnächst auch in einem Spielfilm lebendig gehalten wird.

Paul Nienhaus

Schimmelbefall in Flüchtlingsunterkunft

Nicht akzeptabel

Nein, das ist nicht akzeptabel!

Egal, welche Ursachen der massive und teilweise großflächige Schimmelbefall in einigen Wohnungen der gut 25 Jahre alten Flüchtlingsunterkunft in der Dutumer Straße hat – hier sind die zuständigen Mitarbeiter der Stadt ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Bewohnern nicht gerecht geworden.

Falsches Lüftungsverhalten der Bewohner? Die Stadtverwaltung betont es immer wieder. Gut möglich, spielt vermutlich auch eine Rolle. Wenn das tatsächlich ein Grund für den großflächigen Schimmelbefall sein sollte, darf die Stadt darüber aber nicht lamentieren. Dann muss sie aktiv werden, die Bewohner schulen.

Vielleicht muss die Stadtverwaltung auch einmal über die Kommunikationsstrukturen zwischen den Sozialarbeitern vor Ort und den Verantwortlichen im Rathaus nachdenken. Vermutlich hat man im Rathaus tatsächlich lange nicht gewusst, wie schlimm der Schimmel in einigen Räumen der Unterkunft bereits wuchert. Aber das ist keine Entschuldigung.

Es gibt Steuerzahler, die sich wundern. Die Stadt beschäftigt Mitarbeiter, die die Wohnanlage warten, pflegen und im Wert so gut wie möglich erhalten sollen. Wenn das Ergebnis dann aber Verfall und Schimmelkolonien sind, die sich quadratmetergroß an Wand und Decke entlang fressen, läuft etwas falsch. Auch hier sind die Verantwortlichen gefragt – sie müssen ihren Laden auf Schwung bringen.

Und wenn die Verantwortlichen auf der Rathaus-Etage „Soziales“ tatsächlich etwas gewusst haben sollten, haben sie Gesundheitsgefährdungen der Bewohner in Kauf genommen.

Wie man es auch wendet: Der Stadtverwaltung obliegt hier die Fürsorgepflicht – sie hat es in den vergangenen Wochen in Gesprächen mit engagierten Ehrenamtlichen selbst immer wieder betont.

Beim Anblick der Schimmelflächen kann von Fürsorge aber keine Rede sein. Hier hat die Verwaltung eine deutliche Schwachstelle offenbart.

Dass die Politik nach Informationen aus der Öffentlichkeit sofort reagierte und Korrekturen einfordert, war dringend notwendig.

Hoffentlich bleibt es nur bei diesem Einzelfall. Wie es in der Unterkunft an der Dutumer Straße weiter geht, wird vermutlich am kommenden Dienstag Thema im Rathaus sein.

Gewiss ist, dass die Aufgaben in der Flüchtlingshilfe mittelfristig nicht kleiner werden. Bei den begrenzten Möglichkeiten der Projektgruppe Migration sollte die Stadt endlich Strukturen schaffen, um die vielen Ehrenamtlichen, die helfen wollen, in die Arbeit einzubinden.

Matthias Schrief

Mit dem E-Bike auf Radtour

RHEINE. Auf dem Vortragsblock von Norbert Poll vom ADFC Rheine stehen wichtige Punkte zum Umgang mit dem E-Bike: unterschiedliche Modelle, Wissenswertes über Akkus, sicheres Verhalten und viele Tipps und Ratschläge rund ums E-Bike. Denn: am Samstag, 9. Mai, steht das Thema E-Bike auf der Anzeigentafel der Volkshochschule. Die VHS und der örtliche ADFC laden Interessenten zu einer Information über das E-Bikefahren ein. Interessenten können ihr eigenes E-Bike mitbringen. Die Weiterbildung beginnt um 10 Uhr. Die Gebühr beträgt zehn Euro. Anmelden kann man sich vor Ort oder bei der VHS unter ☏ 0 59 71 / 9 39 1 27.

Terrorbekämpfung und Datenhaufen

Wolfgang Bosbach sprach beim Ärzte- und Apothekertag über Freiheit, Sicherheit und Datenschutz

-ew- **RHEINE.** Zum Ärzte- und Apothekertag hatte die VR-Bank Steinfurt am Mittwochabend als prominenten Redner den Vorsitzenden des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Wolfgang Bosbach, eingeladen. Der konzentrierte sich in seinem Vortrag auf die Ambivalenz „von Freiheit und Sicherheit im demokratischen Rechtsstaat – von Datenschutz bis Terrorbekämpfung“. Gut eine Stunde lang wusste er die derzeitigen Debatten um neue Gesetze für die Einführung neuer Ermittlungsmaßnahmen und -befugnisse auf Bosbach-spezifische Art für die Zuhörer – darunter auch viele aus dem Raum Ibbenbüren – mit Anekdoten und Pointen aufzubereiten.

Nicht sehr eitel, wohl aber voller Überzeugungen, trug Wolfgang Bosbach seine Meinung zu Sicherheit, Freiheit und Bekämpfung von Kriminalität im 21. Jahrhundert vor. Foto: Elisabeth Willers

„Wir haben 80 Millionen Einwohner, aber es gibt 110 Millionen Handy-Verträge“, so Bosbach. Allein das Netz der Telekom werde zwei Millionen Mal pro Tag angegriffen und die Internetkriminalität eröffne Handlungsfelder, die in ihrer Dimension gerade erst erahnt werden könnten. Diese seien nicht mit den Methoden und Techniken des vergangenen Jahrhunderts zu bekämpfen. Wenn die Polizei Gefahren erkennen und abwehren solle, müsse sie personell, technisch und eben auch rechtlich entsprechend aufgestellt sein. Als ein Beispiel führte er die Einführung der „akustischen Wohnraumüberwachung“ auch „Lauschangriff“ genannt, ins Feld. Für die Überführung der sogenannten „Sauerland-Gruppe“, die nachweislich terroristische Anschläge in Deutschland geplant habe, sei diese Überwachung von großer Bedeutung für den späteren Zugriff gewesen. „Wir haben bisher sehr viel Glück gehabt“, meinte Bosbach.

Im Kern ging es in seinem Vortrag um polizeilichen Praxis der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung. „Wir sollten Freiheit und Sicherheit nicht als Gegensätze betrachten“, sagte Bosbach in Rheine. „Aufgabe einer klugen Politik sollte es immer sein, ständig die Balance zu halten zwischen einem Höchstmaß an Freiheit – und Sicherheit zugleich.“ Diesen Kernsatz betete Bosbach immer wieder in Bezüge zur aktuellen Politik ein, beleuchtete, welche unmittelbaren Auswirkungen weltweite Kriege und Krisen und die Öffnung der EU-Außengrenzen Richtung Osteuropa auf das Zusammenleben in der Bundesrepublik haben. „Wenn wir in dem stetigen Bemühen, jedes Restrisiko zu minimieren, Freiheitsrechte immer weiter einschränken, würden wir dann nicht genau das verlieren, was wir erhalten wollen,“ fragte Bosbach seine Zuhörer.

Die NSA-Aktivitäten zur Datensammlung kommentierte Bosbach folgendermaßen: Die NSA will alles Heu der Welt haben, dann ist die Nadel mit Sicherheit dabei. Die Deutschen sagen, in dem Haufen werden wir die Nadel mit Sicherheit sowieso nicht finden.

MV Beilagen

Der heutigen Ausgabe liegen teilweise folgende Beilagen bei:

MÖBEL HARTWIG

STAVERMANN
Technik rund ums Grün.

Münsterländische Volkszeitung
Rheiner Volksblatt
Inklusive:
Rheiner Zeitung
Mesumer Zeitung
Neuenkirchener Zeitung
Wettringer Zeitung

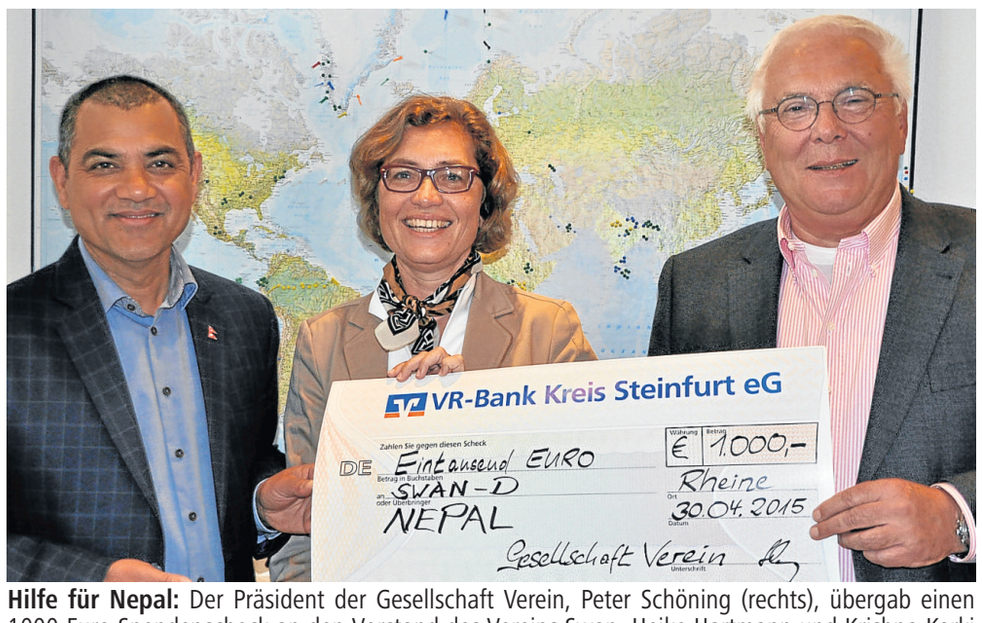
Herausgeber und Verlag: Altmeppen Verlag GmbH & Co. KG, Bahnhofstr. 8, 48431 Rheine, Tel. (05971) 404-0. Fax (05971) 404-199.
Die Münsterländische Volkszeitung (Rheiner Volksblatt) erscheint in Zusammenarbeit der Zeno-Zeitungsverlagsgesellschaft mit den Westfälischen Nachrichten (Zeitungsgruppe Münsterland/ZGM), Mitglied der ZGW Zeitungs-Gruppe-Westfalen.
Redaktion: Chefredakteur: Dr. Norbert Tiemann, stv. Chefredakteur: Wolfgang Kleideiter. Lokalredaktion: Reiner Wellmann (Redaktionsleiter/rew), Wolfgang Attermeyer (wol), Klaus Dierkes (kd), Jörg Homering (jho), Paul Nienhaus (pn), Matthias Schrief (mas), Dirk Möllers (Sport/dm), Elisabeth Willers (ew), Werner Zeretzke (Sport/wz), Sven Rapreger (Foto/sr).
Allgemeiner Anzeigenteil: Thomas Ries.
Verlagsleitung (Vertrieb u. lok. Anzeigen): Adolf Hartmann. Anzeigenverkauf: Elisabeth Brügge, Thomas Schulten, Matthias Tumbrink.
Anzeigenpreisliste Nr. 46 vom 1. Januar 2015.
Druck: Aschendorff, Münster.
Abo-Preis monatlich 28,40 € durch Zusteller frei Haus, bei Post- und Landbezug 31,10 € einschließlich Vertriebsgebühr. Einzelverkauf montags bis freitags 1,30 €, samstags 1,70 € (alle Preise einschl. 7 % Umsatzsteuer).
Wöchentlich mit TV-Beilage „prisma“.
Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder in Fällen höherer Gewalt bzw. Streik oder Aussperrung kein Entschädigungsanspruch. Kündigung des Abonnements nur zum Quartalsende möglich. Die Abbestellung muss 6 Wochen vorher schriftlich beim Verlag vorliegen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung übernommen.
Die von uns entworfenen Grafik- und Gestaltungs-Elemente im Text- und Anzeigenteil sowie vom Verlag gestaltete Texte dürfen nur mit Genehmigung des Verlages reproduziert werden.

Alle wollen den Menschen in Nepal helfen

Gesellschaft Verein übergibt 1000-Euro-Spende für Erdbebenopfer

-ew- **RHEINE.** „Es melden sich Menschen, von denen ich jahrelang nichts gehört habe. Alle fragen mich, wie sie Nepal helfen können“, ist der Rheinenser Krishna Karki überwältigt von der Welle der Hilfsbereitschaft. Überwältigt vom Ausmaß der Erdbebenkatastrophe sind auch die Mitglieder der Gesellschaft Verein. „In der Vorstandssitzung haben wir spontan beschlossen, mit 1000 Euro Swan Deutschland zu unterstützen, und das soll erst der Anfang sein“, erklärte bei der Scheckübergabe an Swan-Vorstandsfrau Heike Hartmann Gesellschaftsvereinsvorsitzender Peter Schöning. Zusammen mit den Aktiven von Swan Nepal, das Krishna Karki vor mehr als zwei Jahrzehnten gründete, um Projekte mit der lokalen Bevölkerung umzusetzen, sind erste Hilfsaktionen vor Ort bereits angelaufen. Swan steht für Social Welfare Association of Nepal und kümmert sich mit Hilfen zur Selbsthilfe um die Ärmsten der Armen.

Vom Erdbeben betroffen sind elf von 40 Distrikten, informieren Karki und Heike Hartmann. Menschen, die Swan in der Vergangenheit unterstützt hat und die weniger von der Katastrophe heimgesucht sind, haben sich jetzt gemeldet, um ihrerseits den Betroffenen in anderen Landesteilen Nepals zu helfen. „Sie bringen Decken, Medikamente und Verbandsmaterial aus eigenen Beständen zu jenen, die es jetzt dringend brauchen“, gibt Karki sein Wissen über die momentane Lage weiter. Außerdem stellen viele Menschen in Kathmandu ihre Trekking-Ausrüstung wie Zelte, Schlafsäcke, Planen, die sonst an Touristen verliehen werden, als Notunterkünfte den obdachlos Gewordenen zur Verfügung. Für die nächsten Wochen sei es wichtig, mit den Mitteln vor Ort das Notwendigste zu besorgen und die erste schwere Zeit zu überbrücken. „Es wird Jahre dauern, bis das zerstörte Land wieder aufgebaut ist“, ergänzt Heike Hartmann.



Hilfe für Nepal: Der Präsident der Gesellschaft Verein, Peter Schöning (rechts), übergab einen 1000-Euro-Spendenscheck an den Vorstand des Vereins Swan, Heike Hartmann und Krishna Karki für Opfer des Erdbebens. Foto: Elisabeth Willers

„Wir wollen das Geld, das jetzt gespendet wird, in den Wiederaufbau der Infrastruktur, des Gesundheitswesens und in die Bildung junger Menschen investieren.“ |

Infos unter: www.SWAN-EV.de
Das Spendenkonto: IBAN: DE37403619064083650700
BIC: GENODEM1IBB